

Antrag

der Fraktion der CDU

Sprengstofffunde in Rudolstadt und Uhlstädt-Kirchhasel - linksmotivierte terroristische Aktivitäten zügig aufklären, Linksextremismus mit allen Mitteln bekämpfen

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag umfassend über die von der Staatsanwaltschaft Gera geleiteten Durchsuchungsmaßnahmen am 13. März 2018 in Rudolstadt und Uhlstädt-Kirchhasel zu informieren; dabei wird sie um Berücksichtigung der nachstehenden Fragestellungen gebeten:
 1. In welcher Größenordnung wurden im Rahmen der Durchsuchungsmaßnahmen Chemikalien sichergestellt, die zur Herstellung von Sprengstoff geeignet sind?
 2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die politische Ausrichtung der Tatverdächtigen vor?
 3. Ab welchem Zeitpunkt wurde der Staatsschutz in die laufenden Ermittlungen eingebunden und falls nicht, aus welchem Grund ist dies bislang unterblieben?
 4. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, ob und gegebenenfalls durch welche strafrechtlich relevanten Handlungen die Tatverdächtigen bereits in der Vergangenheit in Erscheinung traten?
 5. Wie bewertet die Landesregierung, dass einer der Tatverdächtigen bis zum 1. März 2018 als Pressesprecher des Bündnisses "Zivilcourage und Menschenrechte" im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt genannt worden ist?
 6. Kann die Landesregierung bestätigen, dass einer der Tatverdächtigen für das Bündnis "Zivilcourage und Menschenrechte" im Jahr 2016 von der Landesregierung einen Anerkennungspreis des Thüringer Demokratiepreises in Empfang genommen hat?
 7. Wurde das Bündnis "Zivilcourage und Menschenrechte" aus dem Landesprogramm für "Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit" finanziell gefördert und falls ja, wann und in welchem Umfang?
 8. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über Verbindungen der Tatverdächtigen zu Abgeordneten des Thüringer Landtags vor?

9. Kann die Landesregierung ausschließen, dass durch Förderprogramme des Freistaats Thüringen gewaltbereite linksextreme Strukturen unterstützt werden?

10. Welche Maßnahmen erachtet die Landesregierung für geboten und erforderlich, um die Herausbildung linksterroristischer Strukturen in Thüringen zu verhindern?

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Rahmen einer Bundesratsinitiative die Einrichtung einer gemeinsamen Verbunddatei "Linksextremismus" nach dem Vorbild der bestehenden Antiterror- und Rechtsextremismusdatei auf den Weg zu bringen;
2. im Rahmen der Innenministerkonferenz auf die Erstellung eines bundesweiten Lagebildes "Bedrohungs- und Personenpotenzial von Linksextremismus und gewaltbereitem Linksextremismus in Deutschland" hinzuwirken;
3. im Rahmen der Innenministerkonferenz auf die Erarbeitung einer Nationalen Präventionsstrategie "Linksextremismus" mit einer Bestandsaufnahme bundesweit vorhandener Präventionsangebote und Gegennarrative sowie möglicher Handlungsempfehlungen zum Ausbau von Extremismusprävention hinzuwirken;
4. im Rahmen der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder für eine Standardisierung der Förderprogramme von Projekten der Extremismusprävention im Umgang mit Linksextremismus hinzuwirken;
5. sich bei allen relevanten Förderprogrammen der Landesregierung künftig für die Abgabe einer sogenannten Negativerklärung beziehungsweise Demokratieerklärung einzusetzen, in der die Antragsteller versichern, dass sie, ihre Organisationen oder handelnden Personen nicht in einer extremistischen Gruppierung Mitglied waren, sind oder sein werden;
6. Förderprogramme zur Erforschung und Abwehr von Linksextremismus aufzulegen;
7. Untersuchungen und Berichterstattung zum Linksextremismus im Rahmen des Thüringen-Monitors auszuweiten;
8. das Amt für Verfassungsschutz zur Beobachtung und Abwehr im Phänomenbereich "Linksextremismus" personell aufzustocken.

Begründung:

Mit Datum vom 15. März 2018 berichteten zahlreiche regionale und überregionale Medien (unter anderem Thüringische Landeszeitung, Mitteldeutscher Rundfunk, Thüringer Allgemeine, DIE WELT, FOCUS online), dass die Thüringer Kriminalpolizei am Dienstag, dem 13. März 2018, in vier Objekten in Rudolstadt und Uhlstädt-Kirchhasel mehrere Kilogramm Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoff sichergestellt hat. Nach Angaben der zuständigen Staatsanwaltschaft Gera wurden in den durchsuchten Räumlichkeiten mehrere Flaschen Buttersäure, Calciumcarbid sowie Magnesium- und Schwefelpulver in erheblichen Mengen gefunden. Auch wurden funktionstüchtiger Sprengstoff, eine Schreckschusswaffe und eine Cannabis-Aufzuchtanlage sichergestellt.

Laut den Ermittlungsbehörden werde gegen zwei Tatverdächtige wegen des Verdachts ermittelt, ein Explosions- und Strahlungsverbrechen vorbereitet zu haben. Einer der Tatverdächtigen soll dem Bündnis "Zivilcourage und Menschenrechte" im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt angehören. In dieser Funktion soll er mehrfach öffentlich aufgetreten sein und im Jahr 2016 bei der Verleihung des Thüringer Demokratiepreises

für das Bündnis eine Anerkennung aus den Händen der damaligen Thüringer Ministerin für Bildung, Jugend und Sport in Empfang genommen haben. Auch bei anderen Gelegenheiten war er immer wieder öffentlich in Erscheinung getreten, hatte Protestaktionen gegen Neonazi-Veranstaltungen in der Region organisiert.

Ein Blick auf das linksextreme Umfeld in Thüringen sowie die damit einhergehenden sogenannten "Straftaten aus dem Bereich politisch motivierter Kriminalität - Links" zeigen, dass auch im Freistaat seit dem Jahr 2000 ein Anstieg zu verzeichnen ist. Diese Personen sind gewaltbereit, gefährlich und gut organisiert. Es ist Aufgabe des Staates, zu verhindern, dass es in unserer Gesellschaft Rückzugsorte oder gar rechtsfreie Räume gibt, in denen sich Linksaufständler, Anarchisten, Marxisten-Leninisten und andere Linksextremisten sammeln und organisieren können. Jede Verharmlosung des Linksextremismus, wie sie in den letzten Jahren insbesondere von der LINKEN, den Grünen und Teilen der SPD betrieben wurde, muss endlich ein Ende haben. Linken Chaoten und Staatsfeinden muss - ebenso wie rechten und islamistischen Gewalttätern - mit der ganzen Härte des Gesetzes begegnet werden.

Linksextreme Gewalt ist, wie jede andere Form politisch motivierter Kriminalität, kein Ausdruck einer freiheitlich demokratischen Grundordnung, sondern brutal und hochgefährlich. Daher muss die Landesregierung auch linksextreme Gewalt endlich gezielt in den Fokus nehmen und alle Formen des Extremismus mit Nachdruck bekämpfen.

Für die Fraktion:

Emde